

BERICHT

über die

20. Tagung des Statistischen Beirats

16. Oktober 1973 — Wiesbaden



I A - 11/1/1/6B e r i c h t

über die 20. Tagung des Statistischen Beirats  
am 16. Oktober 1973

A n w e s e n d e :

Präsidentin Dr. Bartels      Statistisches Bundesamt      Wiesbaden  
(als Vorsitzende)

A. Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dahms	Bundeskanzleramt	Bonn
Dr. Kruse	Auswärtiges Amt	Bonn
Dr. Ordemann	Bundesmin. des Innern	Bonn-Tannenbusch
Pohl	"      des Innern	Bonn-Tannenbusch
Dr. Friebe	"      der Finanzen	Bonn
Dr. Raabe	"      für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr. Kolfenbach	"      für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr. Häfner	"      für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn-Duisdorf
Hix	"      für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn-Duisdorf
Betz	"      für Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Striebeck	"      für Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Dr. Michel	"      für Verteidigung	Bonn-Duisdorf
Legat	"      für Verkehr	Bonn



Menge	Bundesmin. für Raumordnung Bauwesen und Städtebau	Bonn-Bad Godesberg
Fr. Quante	" für Forschung und Technologie	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Schuhmann	" für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Dr. Freund	" für Bildung und Wissenschaft	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Dr. Dexheimer	" für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bonn
Dr. Volk	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.
Lischeck	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt a.M.
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt a.M.

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Sachse	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Boustedt	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Bahlert	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Benker	Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Thomas	Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Benz	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Szameitat	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart



10. 11. 1910

10. 11. 1910

10. 11. 1910



Dr. Scheingraber	Bayerisches Statistisches Landesamt	München
Dr. Götz	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken

C. Vertreter der Verbände und Organisationen

Wimmer	Deutscher Städtetag	Köln-Marienburg
Bamberger	Deutscher Städtetag	Köln - Marienburg
Dr. Rehn	Deutscher Städte- und Gemeindebund	Düsseldorf
Dr. Peckolt	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Prof. Dr. Herrmann	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Schwartz	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Rohmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Langsch	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	Köln
Siegmund	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Fr. Dr. Edelmann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Dr. Brandi	Bundesverband der freien Berufe	Düsseldorf
Fr. Dörfelt-Claus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen	Köln



Nienhaus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen	Köln
Dr. Markmann	Deutscher Gewerkschaftsbund, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschafts- bundes GmbH (WSI)	Düsseldorf
Dr. Glastetter	Deutscher Gewerkschaftsbund, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschafts- bundes GmbH (WSI)	Düsseldorf
Tantzsch	Deutsche Angestellten- Gewerkschaft	Hamburg
Dr. Hülten	Deutscher Beamtenbund	Bonn - Bad Godesberg
Dr. Fratzscher	Verband der Land- wirtschaftskammern	Bonn - Bad Godesberg
Dr. Geißendörfer	Deutscher Bauernverband e.V.	Bonn - Bad Godesberg
Prof. Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Heim	Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	Köln - Marienburg
Danielzig	Statistik der Kohlen- wirtschaft e.V.	Essen

D. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. Mohr	Sekretariat der Ständigen Kon- ferenz der Kultusminister der Länder	Bonn
----------	---	------

E. Statistisches Bundesamt

Mengert, Hansen, Dr. Schubnell, Zindler, Dr. Hamer, Günther, Dr. Dennukat,  
Schlüter, Kunz, Dr. Schwarz; Gruppenleiter und Referenten.



## T a g e s o r d n u n g

	Seite
I. <u>Langfristiges Programm der amtlichen Statistik</u>	
1. Katalog der Anforderungen .....	2
2. Programm und Haushaltssituation .....	12
3. Arbeitsablaufplanung .....	12
II. <u>Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik</u>	
1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 .....	14
2. Regionalstatistik .....	19
3. Stand der Rechtsgrundlagen .....	21
4. Beirats- und Fachausschußarbeit .....	21
III. <u>Verschiedenes</u> .....	23



## B e r i c h t

Präsidentin Dr. Bartels eröffnet die 20. Tagung des Statistischen Beirats und gibt - nach Begrüßung der Teilnehmer - einen Rückblick auf wichtige Ereignisse in der Amtsarbeit seit der letzten Zusammenkunft im Mai 1971. Im Jahre 1972 mußte wegen des Wechsels in der Amtsleitung und der vorgezogenen Bundestagswahl die übliche Jahrestagung entfallen; zahlreiche Beiratsmitglieder nahmen jedoch an dem Festakt anlässlich des Wechsels in der Amtsleitung sowie an der Feier zum hundertjährigen Bestehen eines zentralen Statistischen Amtes in Deutschland teil. Auch über die planmäßig fortgeführten Beratungen in den Fachausschüssen und Arbeitskreisen des Beirats bestand ständig enge Verbindung zu den Beiratsmitgliedern. Für die Beiratstagung des Jahres 1973 wurde ein Termin im Herbst gewählt, weil die vorgesehenen Themen, vor allem das langfristige Arbeitsprogramm und die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975, umfangreiche Vorarbeiten erforderten. In Zukunft wird wieder ein jährlicher Turnus der Beiratstagungen angestrebt; die nächste Sitzung ist für Mai 1974 in Aussicht genommen.

In der personellen Zusammensetzung des Beirats haben sich seit 1971 zahlreiche Änderungen ergeben; sie sind im einzelnen im Anhang zur Besprechungsunterlage zu Tagesordnungspunkt II. 4 zusammengestellt. Mehrere, zum größten Teil langjährige Mitglieder sind mit Erreichen der Altersgrenze oder wegen Übernahme anderer Aufgaben ausgeschieden. Den letztmals an einer Beiratstagung teilnehmenden Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ministerialdirektor Dr. Häfner, verabschiedet Frau Dr. Bartels in der Nachmittagssitzung unter Würdigung seiner Verdienste um die Weiterentwicklung der Agrarstatistik. Im Rückblick auf seine 25jährige Zugehörigkeit zum Statistischen Beirat und zum Statistischen Ausschuß erinnert Dr. Häfner an die Fortschritte in der statistischen Arbeit und verbindet damit den Dank für die gute Zusammenarbeit.

Den beiden Mitgliedern, die der Statistische Beirat durch Tod verloren hat, widmet Frau Dr. Bartels ehrende Nachrufe. Der Beirat gedenkt des am 3. September 1972 im Alter von 56 Jahren verstorbenen Leiters des Statistischen Landesamtes Bremen, Leitender Regierungsdirektor Hubert Kuske, und des kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres am 9. Juni 1973 verstorbenen Leiters des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Direktor Werner Laskowski.



Ein besonderer Gruß gilt den erstmals anwesenden neuen Mitgliedern des Beirats. Als Gast heißt Frau Dr. Bartels Ministerialdirektor Dr. Ordemann vom Bundesministerium des Innern willkommen.

Auf die versandten Besprechungsunterlagen eingehend weist Frau Dr. Bartels darauf hin, daß diesmal auf die Vorlage eines gedruckten Berichts über "Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes" verzichtet wurde, zumal das Amt in der Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der zentralen amtlichen Statistik die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben im einzelnen dargelegt hat. Stattdessen hat sich das Amt darauf konzentriert, einen Katalog der Anforderungen an die Bundesstatistik für den Zeitraum 1973 bis 1981 aufzustellen, der zusammen mit den Ausarbeitungen über Programm und Haushaltssituation und die Arbeitsablaufplanung unter Tagesordnungspunkt I behandelt werden soll. Im zweiten Teil der Beiratstagung werden ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik zur Diskussion gestellt; hierzu hat das Statistische Bundesamt ebenfalls Besprechungsunterlagen vorgelegt.

In Ergänzung der Tagesordnung schlägt Frau Dr. Bartels vor, unter Punkt III "Verschiedenes" Termin und Thema der nächsten Beiratstagung sowie die künftige Gestaltung der Beiratsunterlagen zu erörtern.

## I. Langfristiges Programm der amtlichen Statistik

### 1. Katalog der Anforderungen

Ausgehend von dem vom Statistischen Bundesamt erarbeiteten Katalog der Anforderungen an die Bundesstatistik für die Jahre 1973 bis 1981 betont Frau Dr. Bartels die Bedeutung einer langfristigen Planung des Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik, u.a. für die sach- und termingerechte Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Statistiken, die gleichmäßige Auslastung der Statistischen Ämter sowie als Voraussetzung für die Haushalts- und Finanzplanung. Der Katalog, der zunächst als Bestandsaufnahme konzipiert ist, wird zur Diskussion gestellt, um festzustellen, ob er die wesentlichen Bedürfnisse der im Beirat vertretenen Benutzer abdeckt. Zugleich müssen angesichts der Fülle zusätzlicher Anforderungen an die Statistik mit Vorrang die Realisierungsmöglichkeiten des Programms geprüft werden. Bedenken ergeben sich vor allem im Hinblick auf die bereits bestehende Diskrepanz zwischen den Anforderungen an die Bundesstatistik und der Kapazität der Statistischen Ämter - insbesondere bei laufenden Statistiken -, auf die das Statistische Bundesamt wiederholt hingewiesen hat. Erschwert werden



die Bestrebungen, die amtliche Statistik an moderne Anforderungen anzupassen, u.a. durch die rapide gestiegenen Benutzerwünsche, durch den geringen "Stellenwert", der teilweise der amtlichen Statistik beige-messen wird, durch die Tatsache, daß die Erteilung von Aufträgen an die Statistik und die Beschaffung der notwendigen Mittel nicht in einer Hand liegen, sowie durch die komplizierte Organisationsform der amtli-chen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland.

In enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem Statistischen Bundesamt sind in letzter Zeit Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der amtlichen Statistik in der öffentlichen Verwaltung, zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Statistischen Ämter und zur Anpassung des Arbeitsprogramms der Statistik an neue Aufgaben erörtert worden. Dabei geht es vor allem um das Problem der Festlegung von Pri-oritäten im Arbeitsprogramm der Statistik sowie um die Frage, wie eine ordnungsgemäße Durchführung gesetzlich angeordneter und sonstiger vor-dringlicher neuer statistischer Vorhaben durch entsprechende Finanzie-rung und Ausstattung der Statistischen Ämter mit Personal gewährlei-stet werden kann. Neben der angestrebten Entwicklung einer koordinier-ten Aufgaben- und Mittelplanung ist eine Fülle von Teilproblemen zu lösen, wie z.B. die Frage der Flexibilität und Beschleunigung der Auf-bereitung, das künftige Verhältnis von Statistiken aufgrund von Ver-waltungsunterlagen zu statistischen Erhebungen usw.

Wie anschließend Dr. Ordemann aus der Sicht des Bundesministeriums des Innern ausführt, wird ein Bündel von Maßnahmen erforderlich sein, um zu gewährleisten, daß der statistische Dienst auch bei wachsenden An-forderungen die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben erfüllen und zu-sätzliche Informationswünsche befriedigen kann. Als wichtige Maßnahme ist vorgesehen, die Arbeiten des Interministeriellen Ausschusses für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik auf dem Gebiet der nationalen statistischen Programmplanung zu intensivieren. Da die Ent-scheidungsmöglichkeiten dieses Gremiums jedoch begrenzt sind, wird er-wogen, für Fragen grundsätzlicher Natur einen ständigen Abteilungslei-terausschuß der Hauptbedarfsträger der Bundesstatistik ins Leben zu rufen. Dieser Ausschuß soll u.a. die Aufgaben- und Finanzplanung auf dem Gebiet der Statistik in Einklang bringen, das Gewicht der amt-lichen Statistik verstärken und erforderlichenfalls einen Beschluß der Bundesregierung über ein längerfristiges, finanziell und technisch abgesichertes statistisches Programm vorbereiten. Diese Maßnahmen kön-nen zugleich dazu beitragen, daß alle berechtigten Wünsche an das Ar-



beitsprogramm der amtlichen Statistik zum Zuge kommen. In die Prüfung müssen auch die Vorhaben der Europäischen Gemeinschaften einbezogen werden, um rechtzeitig Einfluß auf das Beschlußverfahren in Brüssel zu gewinnen. Besondere Aufmerksamkeit sollte ferner bei neuen Projekten der Frage geschenkt werden, wie eine Begrenzung der Tabellenprogramme erreicht werden kann.

Neben den in die Zukunft gerichteten programmatischen Arbeiten sollte erneut der Versuch unternommen werden, das Programm der traditionellen Statistiken auf Kürzungsmöglichkeiten hin zu durchforsten. Obwohl auf diesem Weg bisher nur bescheidene Erfolge erzielt werden konnten und auch eine erneute Umfrage bei den Bundesressorts im Frühjahr 1973 lediglich geringfügige Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt hat, haben sich auch die Haushaltsberichterstatter des Deutschen Bundestages bei ihrem Informationsbesuch im Statistischen Bundesamt für eine derartige Überprüfung des Programms ausgesprochen. Dabei ist u.a. daran gedacht, den Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung mit der Situation im statistischen Dienst zu befassen.

Die Maßnahmen zur Anpassung der amtlichen Statistik an gewandelte Anforderungen sollen durch die vorgesehene Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke abgerundet werden. In die Überlegungen eingeschlossen sind auch Fragen der Koordinierung der von anderen Stellen durchgeführten Bundesstatistiken mit den Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, der Beschleunigung und flexibleren Auswertung der Bundesstatistiken durch die Statistische Datenbank sowie die Beauftragung des Amtes als Leit- und Koordinierungsstelle für den numerischen Teil des automatisierten Informationssystems des Bundes. Weitere Probleme im Zusammenhang mit der Novellierung des Statistischen Gesetzes sind die Anpassung der Vorschriften über die statistische Geheimhaltung an neuere Entwicklungen - u.a. aufgrund des Bundesdatenschutzgesetzes - sowie die Anhebung der Kostengrenze für statistische Verordnungen und die Vertretung von Wissenschaft und Forschung im Statistischen Beirat. Für diese Überlegungen zur Stärkung und Modernisierung der Statistik erbittet Dr. Ordemann abschließend die Unterstützung des Statistischen Beirats.

Mit dem Hinweis auf die Bedeutung dieser Vorschläge für die Verbesserung der Aufgaben- und Mittelplanung, die wegen des ressortübergreifenden Charakters der Statistik und der notwendigen Abstimmung mit allen beteiligten Gebietskörperschaften besonders schwierig ist,



eröffnet Frau Dr. Bartels die allgemeine Aussprache. Die Diskussion konzentriert sich zunächst auf den Vorschlag, einen Abteilungsleiterausschuß im Bereich der Bundesressorts zu gründen, sowie auf die Frage nach seiner Zusammensetzung. Im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg begrüßt Professor Szameitat die Bemühungen um eine Institutionalisierung der Planung des statistischen Arbeitsprogramms. Angesichts der Bedeutung der Länder bei der Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung der Bundesstatistiken hält er - zumindest in einem späteren Stadium - die Erweiterung des Abteilungsleiterausschusses zu einem Bund-Länder-Gremium für notwendig. Er kündigt für die Jahreswende 1973/74 eine Initiative Baden-Württembergs im Bundesrat zur künftigen Planung des statistischen Programms an, die voraussichtlich entsprechende Vorschläge enthalten wird.

Angesichts der vordringlichen Aufgabe, die Anforderungen an die amtliche Statistik abzustimmen und zu begrenzen, hält auch Dr. Raabe eine Vertretung der Länder in dem geplanten Abteilungsleiterausschuß für notwendig. Nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft - das den Vorschlägen positiv, wenn auch mit einer gewissen Skepsis gegenübersteht - sollte versucht werden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ein Gremium einzurichten, das Entscheidungen fällen und Prioritäten festsetzen kann.

Dr. Nellessen weist auf die Erfolge hin, die durch Einrichtung gemischter Bund-Länder-Gremien - etwa auf dem Gebiet der Bildungsplanung - bereits erzielt werden konnten, und fordert, unverzüglich mit den Vorarbeiten für die Einrichtung des Abteilungsleiterausschusses für Statistik zu beginnen. In dieses Gremium sollten neben Vertretern der Bundesressorts und der Länder zusätzlich auch Vertreter der amtlichen Statistik als Sachverständige aufgenommen werden. Unter Hinweis auf die vielfältigen Schwierigkeiten, die einem Ausbau der Kapazitäten bei den Statistischen Landesämtern entgegenstehen, spricht sich Dr. Scheingraber ebenfalls für eine umgehende Verwirklichung dieser Pläne aus.

In seiner Erwiderung erinnert Dr. Ordemann daran, daß die Überlegungen zur Errichtung eines Abteilungsleiterausschusses noch weiterer Präzisierung bedürfen. Das Bundesministerium des Innern hält es für vordringlich, zunächst die anderen Bundesressorts für seine allgemeinen Überlegungen zu gewinnen. Die im Beirat vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Vertretung der Länder im Ausschuß, die sich mit ähnlichen Überlegungen im Innenministerium decken, sollten zweckmäßigerweise



erst in einem späteren Stadium aufgegriffen werden.

Als Zwischenergebnis hält Frau Dr. Bartels fest, daß - unabhängig von der Frage nach dem weiteren Vorgehen - eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Aufgabenplanung notwendig und unbestritten ist. Die besondere Bedeutung des vorgesehenen Abteilungsleiterausschusses liegt darin, daß mit ihm - neben den zahlreichen bereits bestehenden Beratungsgremien - erstmals ein Gremium mit Entscheidungsbefugnissen für die koordinierte Planung von Aufgaben und Mitteln im Bereich der Statistik geschaffen werden soll bzw. ein Gremium, das ggf. Kabinettsentscheidungen vorbereitet. Die Mitglieder des Ausschusses sollten unmittelbaren Zugang zur politischen Spitze ihrer Häuser und zugleich einen Überblick über die für die politische Planung erforderlichen Daten haben. Bei den weiteren Überlegungen müßte auch der insbesondere von Professor Krengel vorgetragene Wunsch nach Stärkung der laufenden Statistiken weiter verfolgt werden, die in den letzten Jahren - entgegen den in den sechziger Jahren verfolgten Zielen - gegenüber den großen Zählungen zurückstehen mußten. Frau Dr. Bartels weist abschließend auf ähnliche Bestrebungen zur Aufgabenplanung in den Europäischen Gemeinschaften hin. Dort wird angestrebt, das längerfristige statistische Arbeitsprogramm dem Ministerrat zur Billigung vorzulegen.

Dr. Häfner warnt vor zu hohen Erwartungen an die Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses, spricht sich aber für eine Ausschöpfung aller Möglichkeiten aus. Nach seiner Auffassung kann der Abteilungsleiterausschuß innerhalb der Schranken, die u.a. durch das Grundgesetz, die Rechtsgrundlagen für die amtliche Statistik sowie die Geschäftsordnungen der Bundesregierung und der Landesregierungen gesetzt sind, den politischen Instanzen allenfalls Entscheidungshilfen liefern. Analog gilt dies auch für die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften zu treffenden Beschlüsse.

Dr. Ordemann stellt daraufhin klar, daß mit dem Abteilungsleiterausschuß im Bereich der amtlichen Statistik erstmals der Versuch unternommen werden soll, ein ständiges Gremium zu schaffen, dem die Aufgabe zufällt, Einfluß auf politische Entscheidungen - auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaften - zu nehmen.

Der Vertreter des Bundeskanzleramtes, Herr Dahms, sieht es im Zusammenhang mit der Errichtung des Ausschusses als vordringlich an, Kriterien zu erarbeiten, mit denen überhaupt erst Prioritäten im statistischen Arbeitsprogramm festgelegt werden können. Diese Kriterien sollen aufgabenbezogen und darauf ausgerichtet sein, den Wert einer



Statistik so gut wie möglich an dem Beitrag zu messen, den sie für die Vorbereitung von politischen Entscheidungen liefert. Damit könnten zugleich andere Probleme, wie z.B. die Stärkung der Finanzverantwortung der Auftraggeber und die Ablösung alter Statistiken durch neuere, vielseitiger verwendbare Statistiken, einer Lösung zugeführt werden.

Verschiedene Diskussionsbeiträge befassen sich mit der vom Bundesministerium des Innern angeregten Durchforstung des statistischen Arbeitsprogramms. Dr. Scheingraber hält einen erneuten Versuch aufgrund der bisherigen Erfahrungen für wenig aussichtsreich. Auf Frage von Dr. Nellessen führt Dr. Ordemann aus, daß nicht daran gedacht ist, dem Abteilungsleiterausschuß - dessen Arbeiten vorwiegend zukunftsgerichtet sein sollen - auch die Aufgabe der Durchforstung zu übertragen. Frau Dr. Bartels, die wegen der wiederholten, wenig ertragreichen Bemühungen eine gewisse Skepsis gegen dieses Vorhaben teilt, hält es für zweckmäßig, mit Vorrang die neuen Anforderungen an die amtliche Statistik auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und sich dann in einem Fachgremium - evtl. unter späterer Einschaltung des Abteilungsleiterausschusses - mit Fragen der Durchforstung zu befassen. Die Anregungen von Dr. Raabe und Dr. Häfner, für diesen Zweck in einer Übersicht die Anforderungen an die amtliche Statistik der Entwicklung der Kapazitäten gegenüberzustellen, beantwortet Frau Dr. Bartels mit dem Hinweis auf die Feststellungen im Gutachten von Dr. Fürst sowie auf eine neuere Untersuchung des Statistischen Bundesamtes. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auf die Bundesstatistik nur 0,07 % der gesamten Haushaltsausgaben des Bundes entfallen.

Anschließend wendet sich die Diskussion dem vom Statistischen Bundesamt als Besprechungsunterlage vorbereiteten Katalog der Anforderungen zu. Dr. Hamer gibt einleitend einen Überblick über Inhalt, Aufbau und Zielsetzung des Katalogs, der als Bestandsaufnahme aller hinreichend konkretisierten neuen bzw. wesentlich erweiterten oder geänderten Vorhaben im Zeitraum bis zur nächsten Volkszählung im Jahre 1981 angelegt ist. Der Katalog soll den Ausgangspunkt für die Aufstellung eines längerfristigen Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik bilden und muß in einem weiteren Arbeitsschritt um Kosten- und Kapazitätsschätzungen ergänzt werden. Daran muß sich die Festsetzung von Prioritäten anschließen. Wie Frau Dr. Bartels ausführt, erhofft sich das Statistische Bundesamt durch die Erörterung des Katalogs im Beirat u.a. auch Stellungnahmen von Konsumenten außerhalb der öffentlichen Verwaltung.

Dr. Scheingraber legt Wert auf die Feststellung, daß es sich bei dem Katalog nur um eine Zusammenstellung der bisher bekannt-



ten Ressortwünsche, nicht jedoch um ein Programm der amtlichen Statistik handelt. Professor Szameitat führt hierzu aus, daß der Katalog in seinem gegenwärtigen Umfang zweifellos nicht realisiert werden kann. Ebenso wie verschiedene andere Diskussionsteilnehmer begrüßt er jedoch die Besprechungsunterlage als umfassende und detaillierte Materialzusammenstellung. Nach seiner Auffassung sollte dieser Katalog von Projekten unterschiedlicher Bedeutung und Dringlichkeit nunmehr - evtl. in einem kleinen Gremium - auf seine Realisierbarkeit vorgeprüft und anschließend dem geplanten Abteilungsleiterausschuß zur Entscheidung vorgelegt werden. Auf einen Einwand von Dr. Nellessen eingehend, der vor einer Einsetzung allzu vieler neuer Gremien warnt, weist Frau Dr. Bartels darauf hin, daß diese Vorprüfung auch in bestehenden Gremien, wie z.B. im Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik und in Arbeitskreisen des Statistischen Beirats erfolgen kann.

Zur Frage der Vollständigkeit des Katalogs macht Dr. Boustedt darauf aufmerksam, daß die erheblichen zusätzlichen Anforderungen des Arbeitskreises "Statistischer Bedarf der Länder-Wirtschaftsressorts" im Katalog noch nicht berücksichtigt sind. Dr. Raabe vertritt demgegenüber die Auffassung, daß diese Anforderungen weniger auf die Einführung neuer Statistiken, als vielmehr weitgehend auf ad hoc-Untersuchungen für Länderzwecke gerichtet sind.

Verschiedene Diskussionsteilnehmer äußern sich zu einzelnen Vorhaben aus dem Katalog. Dr. Hanau begrüßt den vorgesehenen Ausbau der kurzfristigen Statistiken für die Konjunkturbeobachtung und erinnert an die bereits früher erhobene Forderung nach einer vierteljährlichen Lagerstatistik über die Bestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren in der Industrie und möglichst auch beim Handel. Seine Ansicht, daß durch das Vordringen der elektronischen Datenverarbeitung in Buchhaltung und Rechnungswesen die Möglichkeiten einer vierteljährlichen Bilanzierung nunmehr gegeben sind, wird im Beirat nicht ganz geteilt. Professor Herrmann weist auf die große Zahl kleinerer Unternehmen im Produzierenden Gewerbe hin, bei denen entsprechende Ansatzpunkte noch fehlen bzw. nicht unmittelbar für statistische Zwecke genutzt werden können. Nach Auffassung von Dr. Peckolt sollte eine derartige Lagerstatistik angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten zweckmäßigerweise als Verbandsstatistik durchgeführt werden.

Die Anregung von Dr. Hanau, den Problemen der Weiterführung der Außenhandelsstatistiken innerhalb der Europäischen Gemeinschaften nach ei-



nem späteren Wegfall der zollamtlichen Überwachung an den Binnengrenzen verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, beantwortet Herr Schlüter mit einem Hinweis auf die vom Statistischen Bundesamt hierzu bereits angestellten Überlegungen. Als wichtigste Voraussetzung für die Neugestaltung der Außenhandelsstatistik ist eine Firmenkartei der Exporteure und Importeure aufzubauen. Ferner muß geprüft werden, ob - ähnlich wie in den Niederlanden - ein Stab von Außenbeamten zur Beratung der Firmen und zur Kontrolle der Anmeldungen erforderlich ist. Wegen fehlender Haushaltsmittel sind diese Untersuchungen im Statistischen Bundesamt bisher nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen.

Zu Fragen der Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik übergehend, stellt Dr. Oehler die große Bedeutung dieses Vorhabens für die verschiedensten politischen Ziele heraus. Als Entgegnung zu kritischen Anmerkungen von Dr. Raabe betont er, daß die Anforderungen in diesem Bereich auf wenige Eckwerte reduziert wurden. Präsidentin Dr. Bartels bestätigt, daß die Neugestaltung hauptsächlich auf eine Stärkung der Jahresstatistiken gegenüber den bisher in längeren Abständen stattfindenden Zählungen und auf eine zeitlich gleichmäßigere Verteilung des Programms abzielt. Dr. Raabe stellt klar, daß er mit seinen Ausführungen nicht die als notwendig erkannte Novellierung der Binnenhandelsstatistiken in Frage stellen wollte.

Der geplante Ausbau der laufenden Baustatistiken und die Verbesserungen beim Mietpreisindex werden aus der Sicht der Bau- und Wohnungswirtschaft von Frau Dörfelt-Claus unterstützt. Als zusätzlichen Wunsch meldet sie die Ausdehnung der Erhebung über die Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe auf die gesamte Bauwirtschaft an. Vonseiten der Kommunalstatistik bestehen - wie Herr Wimmer ausführt - keine zusätzlichen Wünsche an das statistische Arbeitsprogramm. Zu den weiteren Beratungen über das Konzept der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 sichert er der amtlichen Statistik weitgehende Unterstützung bei der Begrenzung der Fragenprogramme zu. Allerdings sollten bei der Entwicklung der Tabellenprogramme neben den Interessen des Bundes und der Länder auch die berechtigten Auswertungswünsche der Gemeinden berücksichtigt werden.

Als Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute nehmen Professor Krengel und Dr. Markmann zu dem Anforderungskatalog Stellung. Während Professor Krengel vor allem der im Aufbau befindlichen Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Sozialversicherungsunterlagen hohe Priorität zubilligt, bekundet Dr. Markmann beson-



deres Interesse an einem weiteren Ausbau der Einkommens- und Vermögensstatistiken. Ansätze für die seit langem angestrebte Verbesserung der statistischen Angaben über die Einkommens- und Vermögensverteilung sieht er vor allem in einem gezielten Ausbau der Steuerstatistiken.

Dr. Raabe weist hierzu auf die Beschleunigung der Einkommensteuerstatistiken hin, die sich dadurch ergibt, daß inzwischen rd. 80 % aller Einkommensteuerpflichtigen maschinell veranlagt werden. Außerdem erwähnt er Überlegungen zum Aufbau eines Index über die Entwicklung der vierteljährlichen Unternehmensgewinne, dessen Einführung jedoch in entscheidendem Maße von der freiwilligen Mitarbeit einer ausreichenden Zahl entsprechend bilanzierender Großunternehmen abhängt. Der wünschenswerten Auswertung der Steuerbilanzen für die statistische Durchleuchtung der Vermögenssituation stehen - wie Frau Dr. Bartels unter Hinweis auf frühere Erörterungen dieses Themenkreises ausführt - z.Z. noch eine Reihe bisher ungelöster Probleme entgegen. Gewisse Verbesserungen könnten sich durch den im Katalog der Anforderungen erwähnten Ausbau der Bilanzstatistiken durch Einführung einer Statistik der GmbH-Bilanzen ergeben.

Im Rückblick auf die verschiedenen, vorwiegend auf punktuelle Probleme ausgerichteten Diskussionsbeiträge sieht Professor Szameitat seine Befürchtungen bestätigt, daß es schwierig sein wird, im Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik Prioritäten festzulegen. Anknüpfend an den Vorschlag von Herrn Dahms regt er an, zur Bewertung - zumindest von Teilen des Programms - allgemeine Beurteilungskriterien für Statistiken zu entwickeln, die sich an der Bedeutung der einzelnen Staatsaufgaben orientieren. Den hierfür benötigten Statistiken sollte dann ebenfalls Priorität zugewilligt werden. Dabei wäre - im Interesse der schnellen Bereitstellung von Angaben - laufenden Statistiken gegenüber großen, schwerfälligen und kostspieligen Zählungen grundsätzlich der Vorzug zu geben. Außerdem müßte die amtliche Statistik in Zukunft in verstärktem Maße die Möglichkeiten der Verwaltungsautomation nutzen und weitere Verwaltungsunterlagen als relativ billige Informationsquelle erschließen. Ein zusätzliches Kriterium für die Bewertung von Statistiken müßte die Vielseitigkeit ihrer Verwendbarkeit sein.

Nach Auffassung von Herrn Dahms liegen die Schwierigkeiten für die Aufstellung einer Prioritätenskala hauptsächlich in dem bisher angewandten Verfahren, Wünsche an die amtliche Statistik ohne Bewertung oder Gewichtung der einzelnen Statistiken zu summieren. Neben der



kurzfristig zu lösenden Aufgabe, Prioritäten für neue Vorhaben festzulegen, sollte deshalb auf längere Sicht eine Verfahrensreform angestrebt werden. Im Gegensatz zur Auffassung von Professor Szameitat sollten Prioritäten - wegen der Schwierigkeiten einer entsprechenden Bewertung - allerdings nicht an der Bedeutung der Staatsaufgaben gemessen werden, sondern an der Bedeutung aktueller Fragen, zu deren Beantwortung die jeweiligen Statistiken einen Beitrag leisten können.

Verschiedene Diskussionsteilnehmer äußern sich zu einer Anmerkung von Dr. Raabe, der die Gefahr sieht, daß die bestehende Auskunftspflicht nach dem Statistischen Gesetz in zunehmendem Maße, u.a. von Planungsinstanzen, herangezogen wird, um - in Verkehrung der eigentlichen Aufgaben der amtlichen Statistik - von den Statistischen Ämtern Einzelangaben für Verwaltungszwecke und Detailplanungen zu fordern. Nach Meinung von Dr. Raabe sollte zur Wahrung des Vertrauens in die statistische Geheimhaltung bei einem derartigen Bedarf an Individualdaten zweckmäßigerweise eine Auskunftspflicht aufgrund einer eigenen Rechtsgrundlage eingeführt und der amtlichen Statistik allenfalls die sekundärstatistische Auswertung des anfallenden Materials übertragen werden.

Frau Dr. Bartels unterstützt die Forderung nach einer klaren Aufgabenabgrenzung zwischen der Beschaffung von Einzelmaterial für Verwaltungszwecke und der Durchführung amtlicher Statistiken. Sie schlägt vor, diesen Problemkreis, der besondere Aktualität u.a. durch die Anforderungen der Städteplaner an die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975, aber auch durch einzelne Entwicklungen im Bereich der Umwelt- und der Hochschulstatistiken gewonnen hat, im Zusammenhang mit Fragen der statistischen Geheimhaltung auf der Tagung des Statistischen Beirats im Mai 1974 zu erörtern.

Herr Bamberger gibt zu bedenken, daß häufig nur durch Rückgriff auf das statistische Einzelmaterial jene flexible Aufbereitung erreicht werden kann, die u.a. für spezielle Untersuchungen im Bereich der Regionalstatistik und Regionalpolitik unerlässlich ist. Der Grundsatz, daß Material - unter strikter Wahrung der statistischen Geheimhaltung - nicht für Verwaltungszwecke herangezogen werden darf, bleibt dadurch unberührt. Der Entgegnung von Frau Dr. Bartels, daß die Bundesstatistik hauptsächlich die Anforderungen des Bundes und in gewissem Umfang auch der Länder und der Kommunen zu erfüllen hat und nicht durch spezielle Sonderaufbereitungen für kleine regionale Einheiten überlastet werden darf, stimmt Herr Bamberger zu.



Dr. Nellesen sieht eine gewisse Gefahr darin, daß Konsumenten mit aktuellem Bedarf an statistischen Daten eigene statistische Erhebungswege erschließen könnten. Wie Frau Dr. Bartels ausführt, zeichnet sich eine Verlagerung einzelner neuer Statistiken in jene Stellen, die über die entsprechenden Verwaltungsunterlagen verfügen, bereits ab. Die amtliche Statistik sollte dieser Entwicklung nicht generell ablehnend gegenüberstehen, aber darauf hinwirken, daß die Statistischen Ämter in die vorbereitenden Arbeiten - insbesondere an den Erhebungsmethoden und Aufbereitungsverfahren - rechtzeitig eingeschaltet werden. Nur über eine allgemeine Koordinierungsbefugnis der Statistischen Ämter wird es nach ihrer Auffassung möglich sein, derartige statistische Vorhaben in das statistische Gesamtbild einzupassen und die von Professor Herrmann angedeutete Gefahr mangelnder Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Statistiken zu vermeiden. Dieser Gesichtspunkt sollte auch bei der Novellierung des Statistischen Gesetzes berücksichtigt werden.

## 2. Programm und Haushaltssituation

Wie aus den Ausführungen zu Tagesordnungspunkt I. 1 hervorgeht, wurden die entsprechenden Fragen in diesem Zusammenhang miterörtert.

## 3. Arbeitsablaufplanung

Herr Mengert weist einleitend darauf hin, daß der Statistische Beirat bereits früher regelmäßig über Arbeits- und Zeitpläne des Statistischen Bundesamtes unterrichtet wurde. Angesichts der schwerwiegenden Terminüberschreitungen bei einer Vielzahl von Erhebungen gewinnen in letzter Zeit neben den Überlegungen für eine Begrenzung der Anforderungen an die Statistik Fragen der Verbesserung der Arbeitsablaufplanung ständig an Bedeutung. Da die Bereitstellung von Material durch die amtliche Statistik vom Arbeitsablauf her gesehen eine Gemeinschaftsaufgabe ist, sind Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter übereingekommen, auch ein gemeinsames Konzept für die Arbeitsablaufplanung zu entwickeln.

Mit dieser Aufgabe wurde eine Arbeitsgruppe betraut, der jeweils Vertreter der Maschinellen Aufbereitung und der Fachabteilungen angehören. Sie soll nach Abschätzung der Kapazitäten und deren Erweiterungsmöglichkeiten insbesondere prüfen, wie durch verbesserte Arbeitsmethoden die Möglichkeiten der Elektronischen Datenverarbeitung konsequenter als bisher genutzt werden können. Dabei sind insbesondere die



Voraussetzungen für eine termingerechte Spezifizierung der Tabellen, eine möglichst weitgehende Standardisierung bestimmter Arbeitsgänge und eine frühzeitige verbindliche Festlegung der Tabellenprogramme zu schaffen. In einem späteren Stadium sollen dann genaue Terminpläne - ggf. unter Anwendung der Netzplantechnik - entwickelt werden. Gedacht wird ferner daran, für jede neue Zählung künftig eine Projektgruppe einzusetzen, die sich u.a. mit der Frage der Abgrenzung von Standardprogramm und späteren ad hoc-Aufbereitungen befassen soll. Da nach dem Konzept der Arbeitsablaufplanung in Zukunft Anforderungen von Material für aktuelle Fragestellungen in Bund und Ländern in verstärktem Umfang durch ad hoc-Aufbereitungen erfüllt werden sollen, müssen im Arbeitsprogramm entsprechende Kapazitätsreserven eingeplant werden. Die Erörterung spezieller Fragen - wie Entwicklung von Plausibilitätskontrollen, Definitionskatalogen usw. - sollten die Projektgruppen jeweils besonderen Untergruppen übertragen.

In der sich anschließenden Diskussion kommen Einzelprobleme der Arbeitsablaufplanung zur Sprache. Auf Frage von Dr. Nellessen erläutert Herr Mengert die vom Statistischen Bundesamt eingeleiteten Maßnahmen zur Feststellung der bei laufenden Statistiken eingetretenen Terminüberschreitungen. Dabei werden im Rahmen einer Bestandsaufnahme zunächst die Ursachen für die Terminverzögerungen durchleuchtet. Anschließend sollen Maßnahmen für eine realistischere Terminplanung ergriffen werden.

Zum Problem der Terminüberschreitungen bei laufenden Konjunkturstatistiken bemerkt Dr. Raabe - ebenso wie Dr. Hanau -, daß auf diesem Gebiet der schnellen Information besondere Bedeutung zukommt. Außerdem sollten in besonders kritischen Konjunkturphasen nach Bedarf ausgewählte statistische Daten bevorzugt bereitgestellt werden.

Professor Szameitat unterstützt die Pläne des Statistischen Bundesamtes, von der bisherigen punktuellen Planung über eine Systemanalyse, die auch die laufenden Statistiken einschließt, auf längere Sicht zu einer umfassenden Termin- und Arbeitsablaufplanung zu kommen. Diese Bestrebungen könnten von den auftraggebenden Ressorts durch eine gewisse Zurückhaltung bei Änderungswünschen an die laufenden Statistiken und bei zusätzlichen Anforderungen an die einmaligen Zählungen unterstützt werden.

Auf das von Dr. Nellessen angeschnittene Problem der Beteiligung der Rechenzentren bei der Verwirklichung der Terminplanung eingehend,



trägt Herr Mengert die entsprechenden Vorstellungen des Statistischen Bundesamtes vor. Das Amt plant, zu gegebener Zeit dem Bundesministerium des Innern eine Besprechung mit den Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Landesämter sowie den für die Rechenzentren zuständigen Ressorts vorzuschlagen, um auf diese Weise zu abgestimmten Regelungen hinsichtlich der Einhaltung von Terminen zu kommen.

## II. Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik

### 1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung

Die Besprechungsunterlage zu diesem Tagesordnungspunkt enthält - wie Herr Mengert einleitend ausführt - u.a. einen Überblick über Ziele, Inhalt und Organisation der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975. Auf Anforderung des zuständigen Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau soll die Zählung - neben Strukturdaten - in Anpassung an neue Fragestellungen und Entwicklungstendenzen erstmals auch Angaben über alle bebauten Grundstücke erbringen. Die Angaben über die Nutzung der Gebäude und die Bebauungsdichte werden u.a. für Zwecke der Städtebaupolitik und die Weiterentwicklung des Baurechts benötigt. Außerdem ist im Zählungskonzept die Erfassung einiger ergänzender bevölkerungs- und erwerbsstatistischer Grunddaten sowie von Angaben über Pendler vorgesehen.

Die Durchführung der Zählung erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Ferner muß gewährleistet sein, daß bei den Statistischen Ämtern ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen. Zu lösen sind ferner noch die Probleme des Aufbaus der Zählerorganisation, insbesondere auch bei den kleineren Gemeinden. Hinsichtlich der Finanzierung ist u.a. die Frage der Gewährung von Bundeszuschüssen für die Gemeinden noch ungeklärt.

Zum Stand der Vorbereitungsarbeiten führt Herr Mengert aus, daß das Statistische Bundesamt - nachdem Merkmalskatalog und Fragenprogramm der Zählung inzwischen weitgehend festliegen - z.Z. an der Aufstellung des Tabellenprogramms arbeitet. Dabei wird - wie in der Diskussion um die Arbeitsablaufplanung bereits erwähnt - am Modell dieser Zählung der Versuch unternommen, unter Verzicht auf die bisher üblichen Vorratstabellierungen ein Standardtabellenprogramm zu entwickeln, das die wesentlichsten aktuellen Wünsche der Benutzer abdeckt; spätere und spezielle Fragestellungen sollen im Rahmen von nachfolgenden ad hoc-Aufbereitungen beantwortet werden.



In ergänzenden Ausführungen zum Zählungskonzept weist der Vertreter des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Herr Menge, darauf hin, daß sich die Zählung 1975 in die langfristige Terminplanung des Ministeriums für die gebäude- und wohnungsstatistischen Erhebungen einfügt. Danach ist für Gebäude- und Wohnungszählungen künftig ein zehnjähriger Turnus in der zeitlichen Mitte zwischen zwei Volkszählungen vorgesehen; ergänzend sollen wie bisher in diesem Zeitraum zwei Wohnungsstichproben stattfinden. Abgerundet wird das Programm durch die laufende Bautätigkeitsstatistik und die Wohngeldstatistik.

Hinsichtlich des Umfangs der Zählung weist Herr Menge darauf hin, daß die Gebäude- und Wohnungszählung erstmals mit einer Arbeitsstättenzählung gekoppelt wird. Der herkömmliche Fragenkatalog der Wohnungszählung konnte in enger Abstimmung mit den Statistischen Ämtern und den zahlreichen Benutzern zugunsten neuer Fragestellungen reduziert werden. Aufgrund des höheren Schwierigkeitsgrades der Fragen sind allerdings zusätzliche Prüfarbeiten nicht zu vermeiden. Ferner werden die Gemeinden durch die Erhebung stärker als bei früheren Zählungen belastet. Angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Vorbereitungsarbeiten bestehen jedoch nach Meinung von Herrn Menge bei konsequenter Verwirklichung der Planungen günstige Voraussetzungen für das Gelingen der Zählung.

Nach Auffassung von Frau Dr. Bartels liegt die Bedeutung der Zählung 1975 insbesondere in der Berücksichtigung neuer, aktueller Fragestellungen sowie in der vielseitigen Verwendbarkeit der Ergebnisse. Entscheidend wird vor allem die einwandfreie Verzahnung der verschiedenen Zählungsteile sein. Da keine Interviewer eingesetzt werden können, bestehen gewisse Bedenken hinsichtlich der Beantwortung neuer, besonders schwieriger Fragen. Außerdem steht das anspruchsvolle Konzept der Zählung in Konkurrenz zu der Forderung nach schneller Bereitstellung der Ergebnisse. Hier muß die amtliche Statistik darauf dringen, daß - entsprechend der Zusage des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau - das Standardtabellenprogramm beschränkt und die Zusammenführung der Grundstücksbogen mit den anderen Zählungsteilen an den Schluß der Aufbereitung gelegt wird.



Ausgehend von den Erfahrungen mit der Volkszählung 1970 trägt Professor Szameitat einige Bedenken gegen das Projekt der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 vor. Für die Erhebungsphase sieht er Schwierigkeiten vor allem in der Ausdehnung der Zählung auf neue Bereiche, insbesondere durch die erstmalige Erfassung von Flächenangaben bei Grundstücken und Arbeitsstätten. Der Versuch, in der Erhebung statistische Daten und zugleich Daten für Einzelplanungen - zumindest für ausgewählte Fragen sowie regionale Problemgebiete - bereitzustellen, birgt nach seiner Auffassung die Gefahr der Überforderung der amtlichen Statistik. Neben einer Überlastung der ehrenamtlichen Zähler ist insbesondere zu befürchten, daß der Wunsch nach Daten in tiefer Detaillierung die Vorlage statistischer Eckwerte trotz umfassender Vorausplanung verzögert. Professor Szameitat regt deshalb an, noch einmal abzuwägen, ob die Erfolgchancen der Zählung nicht durch sinnvolle Beschränkung verbessert werden können.

Eine Begrenzung des Zählungsumfangs könnte nach Meinung von Dr. Raabe dadurch erreicht werden, daß das Zählungswerk in zwei Phasen unterteilt wird. Da die Ergebnisse vorwiegend unter wohnungs- und raumordnungspolitischen Gesichtspunkten benötigt werden, könnte in der ersten Stufe eine Art Vorerhebung stattfinden, um Räume mit besonderen Problemen abzugrenzen. In der zweiten Phase wären diese Regionen dann - ggf. unter Einsatz von Interviewern - statistisch intensiver zu durchleuchten.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer generellen Grundstückserhebung wirft auch Dr. Scheingraber auf. Nach seiner Auffassung könnten die für städtebauliche Zwecke des Bundes benötigten Angaben über Grundstücke zum größten Teil aus dem Material der 1 %-Wohnungss Stichprobe 1972 entnommen werden. Wenn nicht bis zum Vorliegen dieser Ergebnisse gewartet werden kann, sollte - angesichts der Kosten der Zählung 1975 - zumindest geprüft werden, ob die Grundstückserhebung nicht auf Gemeinden oberhalb einer bestimmten Größenordnung beschränkt werden kann. Auf die Erfahrungen mit Grundstückserhebungen in Hamburg und Berlin eingehend, aus denen nach drei Jahren noch keine Ergebnisse vorliegen, unterstützt Dr. Boustedt diesen Vorschlag. Er erweitert eine Anregung von Frau Dr. Bartels dahingehend, den Erfassungsbereich der Grundstückserhebung auf Stadtregionen bzw. die amtlich abgegrenzten 24 Verdichtungsräume zu beschränken und zusätzlich alle Gemeinden über 5 000 Einwohner einzubeziehen. Durch diese Begrenzung



auf ungefähr 4 000 städtebaulich relevante Gemeinden könnte ohne Einschränkung des Erkenntniswertes die Gebäude- und Wohnungszählung erheblich entlastet werden. Dr. Rehn stimmt dieser Anregung - insbesondere im Hinblick auf die zu erwartenden technischen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Zählung in den kleineren Gemeinden - zu. Er befürwortet den Versuch, in Übereinstimmung mit den Überlegungen des zuständigen Ressorts zu einer sachgerechten Abgrenzung des Erhebungsbereichs zu kommen, die sich nicht ausschließlich an den Einwohnerzahlen der Gemeinden orientiert, sondern auch die Erfassung jener Orte im Umland der Städte sichert, die für städtebauliche Untersuchungen bedeutsam sind.

Die Diskussionsbeiträge zusammenfassend, stellt Frau Dr. Bartels fest, daß sich die Kürzungsvorschläge auf eine regionale Beschränkung der Grundstückserhebung konzentrieren. Dadurch ergeben sich Verbindungen zu früheren Überlegungen, im Rahmen der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 eine Stichprobenerhebung für differenziertere Fragestellungen durchzuführen. Dieser Vorschlag für eine Begrenzung, der später zu Gunsten einer allgemeinen Totalzählung aufgegeben wurde, sollte nunmehr aufgrund der in der Diskussion vorgebrachten Anregungen in modifizierter Form erneut überprüft werden.

Herr Menge betont demgegenüber das besondere Interesse der Regionalplanungsbehörden der Länder an vielseitig verwendbaren städtebaulichen Angaben über kleinere Gemeinden, insbesondere im Hinblick auf gegenwärtig noch nicht überschaubare Entwicklungen. Derartigen Anforderungen kann nur durch eine Totalzählung entsprochen werden. Außerdem sollten die als Argument für eine regionale Begrenzung angeführten Schwierigkeiten bei der Erfassung von Grundstücken in kleineren Gemeinden nicht überbewertet werden. Die Hauptprobleme liegen nach Auffassung der Sachverständigen bei Grundstücken mit komplizierter Eigentümerstruktur, d.h. vorwiegend in den Städten, die ohnehin in jedem Fall zu erfassen sind. Unter Hinweis auf frühere erfolglose Versuche, für bestimmte Merkmale eine gesetzlich definierbare Beschränkung auf ausgewählte Gemeinden bzw. Regionen zu entwickeln, hält Herr Menge die entsprechenden Vorschläge aus der Diskussion für kaum realisierbar. Auf den Appell des Statistischen Beirats, alle Kürzungsmöglichkeiten auszuschöpfen, sagt er jedoch zu, die Anregungen zu prüfen. Da ein unmittelbares Bundesinteresse an den Grundstücksdaten für kleinere Gemeinden nicht zu erkennen ist, schlägt



Herr Mengert vor, daß die Leiter der Statistischen Landesämter die Bedenken der amtlichen Statistik gegen den Umfang der Grundstückszählung den Planungsbehörden ihres Landes mit der Bitte um Zustimmung zu entsprechenden Kürzungen vorlegen.

Dr. Häfner, der diesen Vorschlag unterstützt, weist besonders auf die negativen Auswirkungen einer Überlastung der Zählung auf das übrige Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik hin. Insbesondere sollte gewährleistet sein, daß - neben der zeitgerechten Abwicklung der laufenden Statistiken - genügend Kapazität für die anderen größeren Vorhaben in den Jahren um 1975 verbleibt. Die Überlegungen des Bundesministeriums für Wirtschaft hinsichtlich der Durchführung eines Zensus im Produzierenden Gewerbe mit Handwerkszählung sowie eines Handelszensus, auf die Dr. Raabe aufmerksam macht, sollten nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes noch einmal überprüft werden.

Nach vorläufigen Schätzungen, die Herr Zindler vorträgt, werden durch die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 ungefähr 40 % der Kapazität der Verbundprogrammierung auf die Dauer von zwei Jahren gebunden. Zu gewissen Hoffnungen berechtigt nach Meinung von Herrn Mengert die im Rahmen der Arbeitsablaufplanung angestrebte zeitliche Streckung des Vorhabens auf mehrere Jahre. Ferner zeichnet sich ein gewisser Abbau der bisherigen Engpässe durch eine gezielte Aufstockung der Programmier- und Maschinenkapazität des Amtes ab. Um Kapazitätsschwierigkeiten für die Zukunft nach Möglichkeit zu vermindern und die Wohnungszählung in ein langfristiges Konzept der Planung einzubauen, sollte geprüft werden, ob im Rahmen eines Dauergesetzes ein regelmäßiger Turnus für die Zählung eingeführt werden kann. Dabei sollte nach Auffassung von Frau Dr. Bartels auch eine Entlastung der Großzählungen durch verstärkte Auswertung von Angaben aus Registern im Auge behalten werden.

Eine längere Diskussion ergibt sich über die Frage, wie die Ergebnisse der Probezählungen für die endgültige Gestaltung des Zählungskonzepts genutzt werden können. Die Auffassung von Herrn Mengert, daß Probezählungen nur dann sinnvoll sind, wenn in jedem Fall eine Hauptzählung stattfindet, ergänzt Professor Szameitat dahingehend, daß etwaige negative Erfahrungen aus den Probezählungen bei der Vorbereitung des Zählungskonzepts gebührend berücksichtigt werden müssen. Frau Dr. Bartels äußert die Befürchtung, daß in fortgeschrittenerem Stadium der Vorbereitungsarbeiten der Verzicht auf einzelne Fragen bzw. Zählungsteile nur noch schwer zu verwirklichen sein wird.



Herr Menge begegnet diesen Einwänden mit dem Hinweis auf den geplanten Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens. Nachdem der Entwurf für das Gesetz zur Vorbereitung der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 inzwischen dem Kabinett zugeleitet wurde, ist zu erwarten, daß die 1. Probeerhebung im März/April 1974 stattfinden kann. Das eigentliche Zählungsgesetz wird voraussichtlich zum Jahresende 1973 im Entwurf fertiggestellt sein. Bei den Ausschüßberatungen im Parlament im 1. Halbjahr 1974 kann also zumindest auf die Erfahrungen mit der 1. Probezählung zurückgegriffen werden. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um die Erfahrungen mit der Beantwortung einzelner Fragestellungen oder Fragenkomplexe in der Schlußfassung des Gesetzes zu berücksichtigen. Auf diese Einflußmöglichkeit hatte - unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung der Zählung - u.a. Dr. Friebe Wert gelegt.

Als letzter Teilaspekt werden Probleme der Aufbereitung der Zählung diskutiert. Auf die Frage von Frau Dörfelt-Claus nach dem Umfang der geplanten ad hoc-Aufbereitungen führt Herr Mengert aus, daß die Überlegungen darauf abzielen, den Hauptteil der Materialanforderungen aus dem Standardprogramm zu erfüllen. Die ad hoc-Aufbereitung sollte auf wenige ausgewählte Fragenkomplexe von jeweils besonderer Aktualität beschränkt bleiben. Das Statistische Bundesamt ist bemüht, hierfür entsprechende Kapazitätsreserven aufzubauen. Organisatorische Probleme sowie Fragen der Finanzierung - die Dr. Nellessen anschneidet - müssen im einzelnen noch geklärt werden. Dem Hinweis von Dr. Schubnell, daß es sich bei dem Standardprogramm um ein Minimalprogramm handelt, das bewußt zugunsten der ad hoc-Aufbereitungen begrenzt wurde, pflichtet Herr Menge bei. Er begrüßt die Aufspaltung in ein Standardprogramm mit ausgewählten Eckdaten und in nachfolgende ad hoc-Aufbereitungen für Spezialfragen als eine Abkehr von der bisherigen umfassenden und deshalb langwierigen Vorratstabellierung.

## 2. Regionalstatistik

In seinen Erläuterungen zur Besprechungsunterlage gibt Dr. Hamer einleitend einen Überblick über die Entwicklung auf dem Gebiet der Regionalstatistik seit der Erörterung dieses Themas auf den Beiratstagungen 1969 und 1970. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Regionalstatistik und der erforderlichen Abstimmung mit den übrigen statistischen Arbeiten sollen - ausgehend von den Beratungen im



Arbeitskreis "Regionalstatistik" - Konzept und künftige Maßnahmen auf diesem Gebiet auch im Beirat zur Diskussion gestellt werden. Schwerpunkte für den Ausbau der Regionalstatistik hat der Arbeitskreis auf seiner ersten Sitzung im Juni 1973 in der weiteren Konkretisierung der Anforderungen an die Regionalstatistik, in Fragen der Anwendung kleinräumlicher Gliederungssysteme sowie in der Gewinnung von Regionalergebnissen durch verstärkte Anwendung von Schätzverfahren gesehen.

In der Diskussion macht Dr. Raabe auf Schwierigkeiten bei der Kompatibilität von Prognosen des Bundes und der Länder aufmerksam. Den Vorausschätzungen des Bundesministeriums für Wirtschaft für den Bund liegen u.a. die vom Statistischen Bundesamt aufgrund der Differenzen zwischen den Ergebnissen der Volkszählung 1970 und der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis 1961 zurückgerechneten Zahlen für die Bevölkerung und die Erwerbstätigen zugrunde. Da sich die Länder in verstärktem Maße um die Aufstellung eigener Prognosen - auch für Teilbereiche - bemühen, besteht nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft ein dringender Bedarf an durchgehenden Reihen mit vergleichbaren rückgerechneten Zahlen auch in der Untergliederung nach Bundesländern und ggf. nach Regierungsbezirken. Um die Konsistenz der Vorausschätzungen sicherzustellen, sollte auf ein abgestimmtes Vorgehen bei der Rückrechnung von Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen in Bund und Ländern hingewirkt werden.

Von seiten des Statistischen Bundesamtes wird hierzu auf einige, z.T. auch in veröffentlichter Form vorliegende Rückrechnungen des Amtes über die Wohnbevölkerung, die Erwerbspersonen und die Erwerbstätigen verwiesen; sie wurden für das Bundesgebiet, z.T. auch für Länder und Kreise, durchgeführt. Frau Dr. Bartels erinnert an die bisherigen Vorbehalte einiger Statistischer Landesämter hinsichtlich der Berechnung und Veröffentlichung derartiger Zahlen. Angesichts der Notwendigkeit, einheitliche Methoden anzuwenden und abweichende Ergebnisse zu vermeiden, regt sie an, die Probleme der koordinierten Rückrechnung von Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen erneut auf der nächsten Amtsleiterkonferenz zu erörtern.

Als weiterer Punkt werden in der Diskussion die Anforderungen der Länder-Wirtschaftsressorts an die Regionalstatistik gestreift. Der wichtigste zusätzliche Bedarf, wie er sich in dem Bericht des hierfür eingesetzten Arbeitskreises äußert, liegt nach Auffassung von



Dr. Raabe in dem angestrebten Ausbau der Regionalstatistik durch zusätzliche Erhebungen und ergänzende Schätzungen. Eine weitere Forderung des Arbeitskreises hinsichtlich der Verbesserung der Information der Länder-Wirtschaftsressorts zielt auf die verstärkte Durchführung von Regionalanalysen für spezielle Landesprobleme wechselnder Art ab. Wie die Diskussion im Beirat ergibt, können derartige Anforderungen, die von Land zu Land variieren, nicht in das Programm der Bundesstatistik eingehen, sondern sollten zweckmäßigerweise durch die Statistischen Landesämter erfüllt werden.

Gegen den Vorschlag des Statistischen Bundesamtes, den bisherigen Arbeitskreis "Regionalstatistik" in einen Fachausschuß umzuwandeln, erhebt der Statistische Beirat keine Bedenken.

### 3. Stand der Rechtsgrundlagen

Der Beirat nimmt ergänzend zu der vorgelegten Besprechungsunterlage einen Bericht von Dr. Hamer über die seit der letzten Beiratstagung verkündeten bzw. in parlamentarischer und vorparlamentarischer Beratung befindlichen Rechtsgrundlagen zur Kenntnis. Ausführlicher erläutert werden insbesondere die Gesetzentwürfe, die Bestimmungen zur statistischen Geheimhaltung enthalten, wie der Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch sowie der Entwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes. Aufgrund verschiedener Diskussionsbeiträge zu diesem Thema im Rahmen der Diskussion über die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik hatte das Statistische Bundesamt in der Vormittags-sitzung angeregt, Fragen der Geheimhaltung in größerem Zusammenhang auf der nächsten Beiratstagung im Mai 1974 zur Diskussion zu stellen.

Dr. Raabe informiert den Beirat darüber, daß inzwischen nach mehr-jährigen Vorarbeiten der Referentenentwurf eines Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe fertiggestellt ist. Nach Herbeiführung eines Kabinettsbeschlusses soll die Vorlage voraussichtlich Anfang des Jahres 1974 dem Parlament zugeleitet werden.

### 4. Beirats- und Fachausschußarbeit

Zu diesem Punkt hatte das Statistische Bundesamt ebenfalls eine Besprechungsunterlage versandt. Dem darin enthaltenen Vorschlag, den Arbeitskreis "Regionalstatistik" in einen Fachausschuß umzuwandeln, wurde bereits bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes "Regionalstatistik" zugestimmt. Der Beirat folgt ferner der Anregung des Sta-



tistischen Bundesamtes, für Fragen der Erwerbstätigkeitsstatistik, die bisher im Fachausschuß "Bevölkerungsstatistik" erörtert wurden, einen eigenen Fachausschuß einzurichten. Er soll das Statistische Bundesamt u.a. bei der Entwicklung eines erwerbsstatistischen Gesamtbildes beraten.

Im Hinblick auf die verstärkten Bestrebungen der internationalen Organisationen - vorwiegend der OECD und der Europäischen Gemeinschaften - zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, regt Dr. Raabe an, die Arbeiten des Fachausschusses "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" zu aktivieren. Dem Hinweis, daß der Fachausschuß seit einigen Jahren nicht mehr getagt hat, begegnet Dr. Hamer mit der Feststellung, daß die Bestrebungen des Statistischen Bundesamtes während dieser Zeit in erster Linie darauf gerichtet waren, die vielfältigen neuen Anforderungen an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - u.a. durch Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen - zu erfüllen. Das Statistische Bundesamt hat jedoch ständig engen Kontakt zu den hauptsächlichen Benutzern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehalten.

Wie Frau Dr. Bartels ausführt, dienten die Diskussionen im Fachausschuß "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" in früheren Jahren - angesichts des in der Bundesrepublik seinerzeit noch wenig ausgeprägten Interesses an Gesamtrechnungen - vorwiegend der Information der Konsumenten. U.a. durch das wachsende Interesse an der statistischen Durchleuchtung der Probleme der Lebensqualität, der Aufstellung Sozialer Indikatoren und dem Aufbau demographischer Gesamtrechnungen hat sich diese Situation grundsätzlich gewandelt. Das Statistische Bundesamt würde eine frühzeitige Diskussion über neue Fragestellungen sehr begrüßen. Dabei ist zu überlegen, ob hierfür ein kleinerer Arbeitskreis nicht der geeigneteren Rahmen ist.

Auf eine Umfrage melden das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das Auswärtige Amt, die Deutsche Bundesbank, der Deutsche Bauernverband und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ihr Interesse an einer Mitarbeit an; ferner soll der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" durch seinen Vorsitzenden beteiligt werden. Der kleine Arbeitskreis sollte sich nach Auffassung von Dr. Raabe zunächst mit ausgewählten neuen An-



forderungen der internationalen Organisationen an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Möglichkeiten ihrer Realisierung befassen. Die Interessenten werden von Frau Dr. Bartels gebeten, die gewünschten Besprechungspunkte innerhalb der nächsten Wochen dem Statistischen Bundesamt mitzuteilen.

### III. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen aus dem Kreis der Beiratsmitglieder keine Anträge vor. Auf Vorschlag des Statistischen Bundesamtes werden Termin und Thema der nächsten Beiratssitzung sowie die künftige Gestaltung der Besprechungsunterlagen erörtert.

Die Beiratstagungen sollen in Zukunft wieder jährlich im Frühjahr stattfinden; als Termin für die nächste Tagung wird der 16./17. Mai 1974 in Aussicht genommen. Als zentrales Besprechungsthema wird der Aufbau des Bundesinformationssystems vorgemerkt. In diesem Zusammenhang könnten auch Fragen der künftigen Regelung der Geheimhaltung sowie des Datenschutzes erörtert werden. Es soll versucht werden, für einführende Vorträge Referenten aus dem Bundesministerium des Innern zu gewinnen. Weitere Themenvorschläge der Beiratsmitglieder werden bis etwa Mitte Dezember erbeten. Die vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit angeregte Behandlung der Auslandsstatistik soll zweckmäßigerweise im zuständigen Arbeitskreis erfolgen.

Zur Frage der künftigen Gestaltung der Besprechungsunterlagen für die Beiratstagungen stimmt der Beirat dem Vorschlag des Statistischen Bundesamtes zu, den bisher üblichen gedruckten Bericht über "Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes" nur noch in Abständen von etwa drei bis vier Jahren herauszugeben. In den dazwischenliegenden Jahren sollen jeweils Besprechungsunterlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten versandt werden. Für die Sitzung im Mai 1974 ist u.a. vorgesehen, den "Katalog der Anforderungen" zu aktualisieren.

Mit dem Dank an die Teilnehmer für die Diskussionsbeiträge und Anregungen schließt Frau Dr. Bartels die 20. Tagung des Statistischen Beirats.